



Bundesnetzagentur | Postfach 80 01 | 53105 Bonn

Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

TenneT TSO GmbH

Bernecker Straße 70
95448 Bayreuth

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
01.07.21

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.02_21-023

☎ 0228

oder 14-0

Bonn
21.10.2021

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß §§ 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG; 13b Abs. 5 EnWG hinsichtlich der Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Kraftwerk Mehrum, Block 3 (BNA0464)

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

Tennet TSO GmbH, Bernecker Str. 70, 95448 Bayreuth, vertreten durch die Geschäftsführung

- Antragstellerin -

unter Beteiligung der

Kraftwerke Mehrum GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung, Triftstraße 25, 31249 Hohenhameln

- Beigeladene -

wegen

Bundesnetzagentur für
Elektrizität, Gas, Telekommunikation,
Post und Eisenbahnen

Behördensitz: Bonn
Tulpenfeld 4
53113 Bonn

☎ 0228 14-0
Telefax Bonn
0228 14-8872

E-Mail
poststelle@bnetza.de
Internet
<http://www.bundesnetzagentur.de>

Bitte neue Bankverbindung beachten!
Bundeskasse Weiden
Dt. Bundesbank – Filiale Regensburg
BIC: MARKDEF1750
IBAN: DE08 7500 0000 0075 0010 07

Datenschutzhinweis:

Der Schutz Ihrer Daten ist uns wichtig. Nähere Informationen zum Umgang mit personenbezogenen Daten in der BNetzA können Sie der Datenschutzerklärung auf <https://www.bundesnetzagentur.de/Datenschutz> entnehmen. Sollte Ihnen ein Abruf der Datenschutzerklärung nicht möglich sein, kann Ihnen diese auch in Textform übermittelt werden.

des Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung des Kraftwerks Mehrum, Block 3 (BNA 0464), hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Jochen Homann, am 21.10.2021 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung des Kraftwerks Mehrum, Block 3 (BNA0464), als systemrelevant im Sinne von §§ 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG, 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 EnWG vom 01.07.2021 wird genehmigt, beginnend ab dem 08.12.2021.
2. Die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung ist auflösend bedingt und endet acht Monate nach Zugang einer Anzeige der Antragstellerin bei der Bundesnetzagentur über die Aufforderung zur Betriebsbereitschaftsherstellung gegenüber der Beigeladenen. Die Anzeige gegenüber der Bundesnetzagentur erfolgt unverzüglich nachdem die Antragstellerin die Beigeladene zur Herstellung der Betriebsbereitschaft aufgefordert hat. Die Systemrelevanzausweisung endet spätestens am 31.03.2023.
3. Die Antragstellerin ist verpflichtet, der Beigeladenen mindestens einen Vorlauf von 15 Werktagen zwischen der Aufforderung zur Herstellung der Betriebsbereitschaft und dem Zeitpunkt, ab dem die Anlage betriebsbereit zu sein hat, zu gewähren.
4. In dem Zeitraum vom 08.12.2021 bis zum Zeitpunkt, zu dem die Antragstellerin die Herstellung der Betriebsbereitschaft verlangt, ist die Beigeladene verpflichtet, die Anlage in einem Zustand zu erhalten, der sicherstellt, dass sie die Betriebsbereitschaft mit einem Vorlauf von höchstens 15 Werktagen herstellen kann.
5. Die Antragstellerin unterrichtet die Beigeladene und die Bundesnetzagentur unverzüglich und schriftlich über alle neu eintretenden Umstände, die zu einer Verzögerung des aktuell für April 2022 geplanten Beginns der Baumaßnahmen zur Einschleifung des Umspannwerks Mehrum-Nord führen können.
6. Der Widerruf bleibt vorbehalten.

Gründe:

I.

Die Betreiberin der Anlage Mehrum, Block 3 (im Folgenden: Mehrum), die Kraftwerk Mehrum GmbH (im Folgenden: die Beigeladene), Triftstraße 25, 31249 Hohenhameln, nahm an der zweiten Ausschreibungsrunde (Gebotstermin 04.01.2021) zur Reduzierung der Kohleverstromung

nach dem Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) teil. Ihr Gebot bezüglich der Anlage Mehrum, Nettonennleistung 690 MW, erhielt einen Zuschlag. Die Bundesnetzagentur informierte am 01.04.2021 die Übertragungsnetzbetreiber (ÜNB) über die Anlagen, die einen Zuschlag in der zweiten Ausschreibungsrunde erhalten haben und forderte sie auf, gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 1 Kohleverstromungsbeendigungsgesetz (KVBG) innerhalb von drei Monaten gemeinsam zu prüfen, ob Mehrum ab dem Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Verfeuerungs- und Vermarktungsverbots am 08.12.2021 systemrelevant ist im Sinne von § 13b Abs. 2 S. 2 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG).

Mit Schreiben vom 01.07.2021, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tag, teilte die Antragstellerin mit, dass die in ihrer Regelzone gelegene Anlage Mehrum systemrelevant sei und beantragte die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung durch die Bundesnetzagentur. Die Systemrelevanz der Anlage begründete sie damit, dass die Anlage notwendig sei, um die (n-1)-sichere Versorgung der Letztverbraucher im Großraum Hannover während der örtlichen Leitungsfreischaltungen im 380 kV Netz zur gewährleisten. Die Leitungsfreischaltungen sind notwendig, um die Einschleifung des neuen Umspannwerks Mehrum-Nord in das örtliche 380 kV Bestandsnetz durchzuführen. Konkret setzt sich die von der Antragstellerin durchzuführende Baumaßnahmen zusammen aus der Aufstellung von sieben neuen Masten zur Verschenkung der 380 kV Bestandsleitung in das neue Umspannwerk Mehrum Nord sowie die dortige Inbetriebnahme von zwei 380/220 kV Verbundkupplern (siehe hierzu: Planfeststellungsverfahren bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßen und Verkehr betreffend die Änderung der 380-kV-Leitung Wahle – Algermissen, LH-10-3026). Für die Durchführung der zuvor genannten Maßnahme, die die Freischaltungen notwendig machen, also ausgenommen der Vorarbeiten wie Erstellung der Betonfundamente für die Masten, veranschlagt die Antragstellerin rund vier Wochen.

Die Antragstellerin hat die Anlage vom 08.12.21 bis zum 07.12.22 als systemrelevant ausgewiesen. Sie teilte mit, durch die Beantragung eines einjährigen Zeitraums die Unwägbarkeiten berücksichtigen zu wollen, die zu einer Verschiebung des Datums führen können, an dem die rund vierwöchige Baumaßnahme nach bisheriger Planung starten soll. Verzögerungen könnten sich insbesondere in der Durchführung des Planfeststellungsverfahrens ergeben, dessen Abschluss die Grundlage der geplanten Maßnahme darstellt. Somit bestehe zudem weiterhin Unklarheit, ob etwa noch im Wege des Eilrechtsschutzes gegen den in Aussicht gestellten Planfeststellungsbeschluss vorgegangen werde, sodass entsprechend unklar ist, ob die für die zweite Aprilhälfte 2022 vorgesehene Maßnahme tatsächlich zu diesem Zeitpunkt durchgeführt werden kann.

Die Pflicht der Beigeladenen zur Betriebsbereitschaftshaltung von Mehrum soll laut Antragstellerin nicht während des gesamten Zeitraums der beantragten Systemrelevanzausweisung bestehen, sondern lediglich für den Zeitraum von insgesamt rund vier Wochen, in dem die Leitungsfreischaltungen zur sicheren Durchführung der Baumaßnahme durchgeführt werden. Unmittelbar im Anschluss hieran könne Mehrum die Betriebsbereitschaft einstellen.

Die Antragstellerin gibt in ihrem Antragsschreiben an, dass die Vorlaufzeit, mit der sie die Beigeladene auffordern wird, die Betriebsbereitschaft der Anlage für den rund vierwöchigen Zeitraum herzustellen, zehn Tage beträgt.

Zudem teilte sie mit, dass die Planungen für die vorliegende Netzausbaumaßnahme bereits vor Inkrafttreten des KVBG erfolgten, als noch nicht erkennbar war, dass eine Außerbetriebnahme von Mehrum 3 vor Realisierung der auf das Jahr 2022 terminierten Netzausbaumaßnahme erfolgen könnte.

Die Antragstellerin legte dar, dass die geschilderte Netzausbaumaßnahme Vorbedingung für die Durchführung weiterer Netzausbaumaßnahmen in der Netzregion sei. Ein Verzicht auf die vorliegende Netzausbaumaßnahme würde damit weitere notwendige Netzausbauvorhaben unmöglich machen.

Schließlich erklärte die Antragstellerin, dass sie Alternativen zur Systemrelevanzausweisung von Mehrum geprüft habe, jedoch zu dem Ergebnis gekommen sei, dass keine anderen angemessenen Maßnahmen als die Untersagung der Stilllegung der Anlage und ihre Betriebsbereitschaftshaltung gegeben seien.

Die Beigeladene wurde zu der beabsichtigten Entscheidung mit Schreiben vom 23.08.2021 angehört und nahm mit Schreiben vom 10.09.2021, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am selben Tag, Stellung zum Verfahren.

In der Stellungnahme zweifelte sie die Einschätzung der Antragstellerin an, wonach das Kraftwerk Mehrum systemrelevant sei. Die Systemrelevanzausweisung habe sie überrascht, da das Kraftwerk in der Vergangenheit für netzstabilisierende Maßnahmen keine wesentliche Rolle gespielt habe. Es liege jedenfalls kein typischer Fall einer Systemrelevanz vor, da die Anlage lediglich als eine Art „back-up“ während der vierwöchigen Netzausbaumaßnahme für die Antragstellerin diene. Vor diesem Hintergrund sei die Anlage nicht für das System, sondern für die Durchführung der Baumaßnahme relevant.

Die Beigeladene wies darauf hin, dass die Antragstellerin bereits jetzt ein konkretes Ablaufdatum bestimmen müsse, zu dem die Systemrelevanz endet, sollte eine Systemrelevanz der Anlage tatsächlich bestehen. Alternativ könnte die Nennung eines verbindlichen Enddatums der Systemrelevanz auch noch in der Zukunft erfolgen, soweit sichergestellt sei, dass der Beigeladenen das konkrete Ablaufdatum mit einer Vorlauffrist von mindestens acht Monaten von der Antragstellerin mitgeteilt wird. Ohne rechtzeitige Kenntnis des Datums, an dem die Systemrelevanz von Mehrum entfällt und damit außer Betrieb gehen muss, fehle der Beigeladenen der Planungshorizont für eine kosteneffiziente und sozialverträgliche Stilllegung der Anlage. Laut der Beigeladenen sei ein ausreichender zeitlicher Vorlauf notwendig, um insbesondere den Personalabbau unter Einhaltung der geltenden Kündigungsfristen auf das Ende der Systemrelevanz ausrichten zu können. Dasselbe gelte hinsichtlich der Kündigungsfristen der langfristigen Bezugs- und Lieferverträge der Beigeladenen. Keine Planungssicherheit böte dagegen der seitens der Antragstellerin formulierte Vorschlag, wonach Mehrum unverzüglich nach Durchführung der rund vierwöchigen Netzausbaumaßnahme stilllegen könne. In diesem Fall könnte das Ende der Systemrelevanz und damit das Kohleverfeuerungsverbot sehr kurzfristig und ohne ausreichende Vorlaufzeit eingreifen, da bis auf weiteres noch nicht feststehe, in welchem Zeitraum zwischen April und August 2022 die Maßnahme umgesetzt werde. Dieses Vorgehen sei für die Beigeladene selbst als auch für das von der Schließung des Standorts betroffene Personal unzumutbar.

Die Notwendigkeit eines zeitlichen Vorlaufs vor dem Ablauf der Systemrelevanz begründet die Beigeladene zudem damit, dass ihr wie im Fall einer regulären Stilllegung zum 08.12.21 Gelegenheit gegeben werden müsse, die nach Abschluss der rund vierwöchigen Bauphase noch vorhandenen Vorräte an Betriebsstoffen, also vor allem Kohle, Schweröl, Ammoniak, Heizöl und Kalk auf einen Minimalbestand herunterzufahren, um so eine kostenintensive Entsorgung auf eigene Kosten zu vermeiden. Sie gibt an, im Fall einer regulären Stilllegung der Anlage zum 08.12.2021 die verbliebenen Vorräte in den letzten Tagen der Marktteilnahme zu verbrauchen.

Die Beigeladende begründete ihre Forderung, das konkrete Enddatum der Systemrelevanzausweisung bzw. das Datum, an dem das Kohleverfeuerungsverbot wieder wirksam wird, mindestens acht Monate vorher kennen zu müssen mit der in § 51 Abs. 2 Nr. 1b KVBG enthaltenen Fristbestimmung über das Wirksamwerden des Kohleverfeuerungsverbots. Die Norm gewährt den Kraftwerksbetreibern, die in der zweiten Ausschreibungsrunde nach dem KVBG einen Zuschlag erhalten haben, einen Planungsvorlauf von acht Monaten zwischen dem Datum der Bekanntgabe der Zuschläge der zweiten Ausschreibungsrunde am 08.04.2021 und dem Wirksamwerden des Kohleverfeuerungsverbots am 08.12.2021. Diese achtmonatige Vorlauffrist sei auch den Kraftwerksbetreibern zu gewähren, die aufgrund einer genehmigten Systemrelevanzausweisung an einer Außerbetriebnahme ihrer Anlage zum 08.12.2021 gehindert werden. Auch diesen

Betreibern stehe eine achtmonatige Frist zu, um die Außerbetriebnahme ihrer Anlage so rechtzeitig zu planen und einzuleiten, dass ihnen keine Mehrkosten im Zuge der Kraftwerksstilllegung entstehen.

Die Vorstellungen der Antragstellerin, wonach die Pflicht zur Betriebsbereitschaftshaltung der Anlage lediglich für den rund vier Wochen dauernden Zeitraum der Bau- und Testphase bestehe, weist die Beigeladene zurück. Der Betrieb eines Kohlekraftwerks könne nicht für eine Zwischenzeit vollständig eingestellt und anschließend „auf Zuruf“ wieder kurzfristig aufgenommen werden. Während des mehrmonatigen Zeitraums vom Beginn der Systemrelevanz bis zur Betriebsbereitschaftsherstellung mit Beginn der Bauarbeiten im Umspannwerk Mehrum-Nord müsse die Beigeladene verschiedene Maßnahmen ergreifen, um die spätere Einsatzfähigkeit während der rund vierwöchigen Bau- und Testphase zu sicherzustellen. Hierzu würden zum einen Konservierungsmaßnahmen gehören, um bestimmte Systeme oder Aggregate wie den Kessel, die Turbine oder die Rauchgasreinigung vor Korrosion und Beschädigungen zu schützen. Auf der anderen Seite sind zur Erhaltung der Funktionstüchtigkeit der Anlage regelmäßig Probeläufe und Instandhaltungsmaßnahmen notwendig, wie etwa das Bewegen großer Klappen oder der Testbetrieb elektronischer Geräte.

Auf die Bedeutung ausreichender Vorlaufzeit für die Vorbereitung der eigentlichen Betriebsbereitschaft weist die Beigeladene zudem hinsichtlich der Beschaffung von Kohle und anderen Betriebsstoffen wie etwa Ammoniak, Kalk oder Öl hin. So nehme die Beschaffung der Kohle insbesondere aufgrund des aufwändigen Transports zum Kraftwerk einen Zeitraum zwischen sechs und acht Wochen in Anspruch.

Die Beigeladene trägt vor, dass die Vorlaufzeit zur Herstellung der Betriebsbereitschaft während der Bau- und Planungsphase mindestens 15 Werktage bzw. drei Wochen betragen müsse. Dieser Zeitbedarf ergebe sich aus dem Zeitraum, der für die Entkonservierung der Anlage erforderlich sei, den notwendigen Systemtests sowie der Beseitigung der hierbei aufgetretenen Mängel.

Die für den Erlass des Planfeststellungsbeschlusses zuständige Behörde, die Niedersächsische Landesbehörde für Straßen und Verkehr teilte der Bundesnetzagentur auf eine Anfrage nach dem Verfahrensstand per E-Mail am 08.10.2021 mit, dass nach derzeitigem Stand vorgesehen sei, dass die Entscheidung im Planfeststellungsverfahren zu der Einschleifung der 380-kV-Leitung Wahle - Algermissen in das Umspannwerk Mehrum-Nord im ersten Quartal 2022 ergehe. In dem Planfeststellungsverfahren sei das Anhörungsverfahren noch nicht abgeschlossen. Hierbei könne derzeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich Anpassungen und Änderungen an der Planung bzw. an dem Vorhaben aufgrund des Anhörungsverfahrens ergeben.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Verfahrensakte Bezug genommen.

II.

Dem Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung der Anlage Mehrum wird stattgegeben. Der zulässige Antrag ist begründet, da die Genehmigungsvoraussetzungen gemäß § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit §§ 13b Abs. 2 S. 2 und Abs. 5 S. 1 EnWG vorliegen.

1.

Der Kraftwerksblock Mehrum ist systemrelevant im Sinne von § 26 Abs. 2 Nr. 1 KVBG in Verbindung mit § 13b Abs. 2 S. 2 EnWG, da der Wegfall der Erzeugungsleistung der Anlage infolge des am 08.12.2021 wirksam werdenden Kohleverfeuerungsverbots gemäß § 51 Abs. 1 S. 2 in Verbindung mit Abs. 2 Nr. 1b) KVBG mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden könnte.

a)

Die Voraussetzung einer nicht unerheblichen Gefährdung für die Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems infolge des Kohleverfeuerungsverbots von Mehrum ab dem 08.12.2021 ist gegeben, da im Sinne von § 13 Abs. 4 EnWG örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes und kurzfristige Netzengpässe ohne die Verfügbarkeit von Mehrum während der für das Jahr 2022 zwischen April und August geplanten rund vierwöchigen Umbau- und Erprobungsphase der Antragstellerin im Umspannwerk Mehrum-Nord, zu besorgen sind. Infolge der zur Durchführung der Baumaßnahme notwendigen Leitungsfreischaltungen im 380 kV-Netz kann es bereits in eher unauffälligen Netznutzungsfällen zu Überschreitungen des betrieblichen Grenzwerts der Strombelastbarkeit der verbleibenden Leitungen im 380 kV Netz und damit zur Verletzungen des (n-1)-Sicherheitsstandards kommen. Der Einhaltung der betrieblichen Grenzwerte lässt sich durch die Einspeisung von Mehrum in das nachgelagerte 220 kV Netz erreichen, so dass die Versorgung der Letztverbraucher in der dortigen Netzregion während der Netzausbaumaßnahme im Umspannwerk Mehrum-Nord gesichert ist.

Der Beigeladenen ist zuzustimmen, dass der Anknüpfungspunkt für die Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems vorliegend die Leitungsfreischaltungen im Bestandsnetz zur Durchführung von Netzausbaumaßnahmen ist, wohingegen in der Regel die Gefährdung des sicheren Netzbetriebs daraus resultiert, dass das Übertragungsnetz insbesondere aufgrund von Verzögerungen beim Netzausbau noch nicht ausreichend ausgebaut ist, um die sich aus dem Marktergebnis ergebenden netzkritischen Transportaufgaben zu erfüllen. Aus dieser Besonderheit kann jedoch, anders als von der Beigeladenen vorgebracht, nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass in einer solchen Konstellationen die Systemrelevanz eines Kraftwerks nicht in Betracht kommt. Maßgeblich für den Tatbestand der System-

relevanz gemäß § 13 Abs. 2 S. 2 EnWG ist allein, ob eine Gefährdung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Elektrizitätsversorgungssystems gegeben ist und diese durch das Stilllegungsverbot eines Kraftwerks bzw. eine temporäre Aussetzung des Kohleverfeuerungsverbots abgewehrt werden kann.

b)

Zutreffend geht die Antragstellerin daher davon aus, dass es durch die Nichtverfügbarkeit von Mehrum infolge des Kohleverfeuerungsverbots während der Bau- und Testphase im kommenden Jahr mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen würde. § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der Nichtverfügbarkeit von Mehrum infolge des Verfeuerungsverbots und dem örtlichen Ausfall des Übertragungsnetzes oder kurzfristigen Netzengpässe bestehen muss. Es reicht vielmehr aus, dass die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind dabei umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Im Fall eines örtlichen Zusammenbruchs des Übertragungsnetzes, der sich zu einem überregionalen Zusammenbruch fortentwickeln kann, sind erhebliche Schäden an hochrangigen Rechtsgütern zu erwarten, da infolge einer längerfristigen Unterbrechung der Stromversorgung Leben und Gesundheit einer Vielzahl an Menschen beeinträchtigt werden würde. Zudem führt ein längerfristiger Stromausfall auch zu einem nennenswerten volkswirtschaftlichen Schaden.

c)

Der Vortrag der Antragstellerin, es gebe keine anderen angemessenen Maßnahmen im Sinne des § 13b Abs. 2 S. 2 Hs. 2 EnWG als die Aussetzung des Verfeuerungsverbots von Mehrum im Wege der Systemrelevanzausweisung hält der Überprüfung stand.

Insbesondere kommen ein Verzicht auf die Durchführung der Baumaßnahme oder deren Verschiebung nicht als Alternativen zur Systemrelevanzausweisung in Betracht. Die Maßnahme ist notwendige Bedingung für die Realisierung von weiteren, für den Fortgang der Energiewende bedeutenden Netzausbaumaßnahmen im Übertragungsnetz wie etwa die Leitung „Wahle-Mecklar“.

2.

Die Systemrelevanzausweisung beginnt am 08.12.2021 und endet nach dem Ablauf von acht Monaten nach Zugang einer schriftlichen Anzeige der Antragstellerin bei der Bundesnetzagentur, in welcher die Antragstellerin darüber informiert, die Beigeladene zur Herstellung der Betriebsbereitschaft aufgefordert zu haben. Diese Anzeige hat die

Antragstellerin gegenüber der Bundesnetzagentur unverzüglich nach ihrer Aufforderung gegenüber der Beteiligten, die Betriebsbereitschaft herzustellen, abzugeben. Der Zeitraum der genehmigten Systemrelevanzausweisung endet spätestens zum 30.04.2023.

a)

Als Anfangsdatum der Systemrelevanzausweisung benennt die Antragstellerin zutreffend den 08.12.2021, also den Tag, an dem das Kohleverfeuerungsverbot hinsichtlich Mehrum wirksam würde. Dessen Wirksamwerden ist für die Zeit der genehmigten Systemrelevanzausweisung aufgehoben, da die Anlage ansonsten infolge einer rechtlichen Unmöglichkeit des Weiterbetriebs nicht mehr zur Verfügung stünde.

b)

Die Wirksamkeit der genehmigten Systemrelevanzausweisung von Mehrum steht unter der auflösenden Bedingung des Zugangs einer schriftlichen Anzeige der Antragstellerin bei der Bundesnetzagentur über die erfolgte Aufforderung zur Herstellung der Betriebsbereitschaft. Nach Zugang der Anzeige verbleibt der Beigeladenen noch eine Frist von acht Monaten bevor die Systemrelevanz der Anlage endet. Nach Ablauf dieser achtmonatigen Frist muss die Anlage tatsächlich außer Betrieb gehen, da an diesem Tag das Kohleverfeuerungsverbot wieder auflebt.

aa)

Die Genehmigung der Systemrelevanz vom Eintritt einer Bedingung abhängig zu machen ist gemäß § 13b Abs. 5 S. 5 EnWG zulässig. Hieraus ergibt sich auch die Zulässigkeit, das Ende der genehmigten Systemrelevanzausweisung vom Eintritt einer Bedingung abhängig zu machen. Indem der Bedingungseintritt auf den Tag gelegt wird, an dem die Anzeige der Antragstellerin über die Aufforderung der Betriebsbereitschaftsherstellung der Bundesnetzagentur zugeht, kann nach Eintritt dieser Bedingung das konkrete Ablaufdatum der Systemrelevanzgenehmigung objektiv bestimmt werden. Um die Bestimmung des Enddatums der Systemrelevanz nicht einseitig in die Entscheidungssphäre der Antragstellerin zu legen, ist diese verpflichtet, die Anzeige unverzüglich nach Herstellung der Betriebsbereitschaft gegenüber der Bundesnetzagentur abzugeben.

Eine Ablehnung des Antrags der Antragstellerin hinsichtlich des Ablaufdatums der Systemrelevanzausweisung erfolgt gleichwohl nicht, da mittels der auflösenden Bedingung dem über § 133 BGB (analog) ermittelten Willen der Antragstellerin ebenso entsprochen wird, die von ihr dargestellten Unwägbarkeiten hinsichtlich der tatsächlichen Durchführung der geplanten Baumaßnahme zwischen April bis August 2022 bei der Bestimmung der Dauer der Systemrelevanzausweisung möglichst genau zu berücksichtigen. Hinter der Ausweisung der Antragstellerin bis zum 07.12.2022 wird einerseits ihre Absicht sichtbar, die Systemrelevanz von Mehrum nur solange

aufrechtzuerhalten zu wollen, bis die geplante Baumaßnahme zur Einschleifung und Inbetriebnahme des Umspannwerks Mehrum-Nord, nach aktuellem Stand spätestens im August 2022, abgeschlossen ist. Zum anderen drückt die Antragstellerin durch die Wahl des 07.12.2022 aus, dass ihr daran gelegen ist, der Beigeladenen einen gewissen Zeitraum für die Außerbetriebnahme der Anlage zu gewähren und sie nicht der Gefahr aussetzen will, die Anlage vom einen auf den anderen Tag außer Betrieb nehmen zu müssen.

bb)

Den Ablauf der Systemrelevanzausweisung vom Eintritt der auflösenden Bedingung abhängig zu machen, anstatt von einem bereits jetzt zu bescheidenden konkreten Datum, rechtfertigt sich insbesondere damit, dass hierdurch die von der Beigeladenen in ihrer Stellungnahme vom 10.09.2021 für sie selbst und ihr Personal als unzumutbar bezeichneten Unsicherheiten hinsichtlich des Zeitpunkts, an dem die Systemrelevanz ihrer Anlage endet, am effektivsten beseitigt werden können. So kann der Beigeladenen über die Definition der auflösenden Bedingung bereits jetzt ein hinreichend bestimmtes Ereignis mitgeteilt werden, an dem sie sich im Hinblick auf die ihr weiteres Vorgehen zur endgültige Betriebseinstellung von Mehrum orientieren kann. Zugleich wird ihr durch die Entscheidung, die Systemrelevanzausweisung unter eine auflösende Bedingung zu stellen, auch deutlich gemacht, dass sie nicht gänzlich von dem Risiko freigestellt werden kann, dass es bei der Realisierung der Baumaßnahme zu Verzögerungen kommen kann, die auch zu einer späteren Außerbetriebnahme der Anlage führen würden.

Durch ein Abstellen auf die Aufforderung zur Herstellung der Betriebsbereitschaft kann zudem das Risiko für die sichere und zuverlässige Elektrizitätsversorgung der Endkunden im Großraum Hannover reduziert werden, dass die Systemrelevanz von Mehrum bereits endet, obgleich die Maßnahmen zur Einschleifung und Inbetriebnahme des neuen Umspannwerks Mehrum-Nord infolge des Eintritts eines oder mehrerer Verzögerungsgründe noch gar nicht abgeschlossen sind. Diese Situation darf nicht eintreten, da mit Ablauf der Systemrelevanz das Kohleverfeuerungsverbot wieder wirksam wird und es damit rechtlich unmöglich ist, dass die Anlage bis zum Abschluss der Baumaßnahme bzw. der hierzu notwendigen Leitungsfreischaltungen wieder zur Sicherstellung des (n-1)-sicheren Netzbetriebs „zurückgeholt“ werden kann.

Aufgrund des öffentlichen Interesses an einer gesicherten Stromversorgung während der hier in Rede stehenden Netzausbaumaßnahme im neuen Umspannwerk Mehrum-Nord ist es daher geboten, das Ende der Systemrelevanz der Anlage vom Eintritt einer Bedingung abhängig zu machen, die in einem engen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Abschluss der Baumaßnahme zur Einschleifung des neuen Umspannwerks Mehrum-Nord und der Inbetriebnahme der dortigen Verbundkuppler steht. Zwar erfolgt nach gegenwärtigem Planungsstand der Antragstellerin der Baubeginn in der Zeit kurz vor oder kurz nach den Osterfeiertagen im April 2022. Allerdings können Umstände eintreten, die den gegenwärtig geplanten Baubeginn in der zweiten Aprilhälfte

und damit den Zeitpunkt, an dem die Systemrelevanzausweisung enden darf, nach hinten verschieben. Hierbei handelt es sich um Unwägbarkeiten, auf die weder die Antragstellerin noch die Beigeladene wesentlichen Einfluss nehmen können.

So hat die Niedersächsische Landesbehörde für Straßen und Verkehr vor Kurzem angegeben, dass zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststeht, wann genau mit dem Wirksamwerden des Planfeststellungsbeschlusses gerechnet werden kann, sodass nach Lage der Dinge unklar ist, ob mit der Maßnahme planmäßig im April 2022 begonnen werden kann.

Eine Unwägbarkeit, auf die Antragstellerin und Beigeladene keinen Einfluss haben, stellt zudem die Möglichkeit dar, dass im Wege des Eilrechtsschutzes beantragt wird, die aufschiebende Wirkung einer möglichen Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss anzuordnen.

Zudem hat die Antragstellerin keinen uneingeschränkten Einfluss auf die Verfügbarkeit der Drittfirmen, deren Mitwirkung an der vorliegenden Maßnahme notwendig ist. Die Beauftragung der Drittfirmen mit der Maßgabe, ab einem konkreten Datum im April 2022 für die Dauer der Baumaßnahme zur Verfügung zu stehen, ist gegenwärtig aufgrund der langen Vorlaufzeit bis zum Beginn der Bauarbeiten noch ohne Schwierigkeiten möglich. Es besteht jedoch ein Restrisiko, dass die Drittfirmen zum fraglichen Zeitpunkt personell oder im Hinblick auf die Verfügbarkeit ihres Maschinenparks nicht in der Lage sind, ihre Aufgaben termingerecht erfüllen zu können und es hierdurch zu Verzögerungen kommen kann.

Schließlich können Vorkommnisse höherer Gewalt zu einer Verschiebung der Baudurchführung führen. Hierzu gehören insbesondere netzkritische Wetterlagen wie Starkwindphasen, die die notwendigen Freischaltungen vereiteln könnten, wenn diese ein zu großes Risiko für den sicheren Netzbetrieb darstellen. Kommt es infolgedessen zu einer Verschiebung des Bautermins kann es erforderlich sein, ein neues Zeitfenster zu identifizieren, in dem sowohl die Drittfirmen verfügbar sind, als auch die zwischen Verteilnetzbetreibern und ÜNB koordinierte Freischnittplanung die Abschaltung der betroffenen Stromkreise erlaubt.

cc)

Das Ablaufdatum der Systemrelevanz schließt sich nicht unmittelbar an den Bedingungseintritt an, sondern zuvor ist der Beigeladenen noch eine ausreichend lange Vorlaufzeit zu gewähren, um eine geordnete und auf die Vermeidung unnötiger Kosten gerichtete Außerbetriebnahme des Kraftwerks zu ermöglichen.

Zutreffend legt die Beigeladene in ihrer Stellungnahme dar, dass sie rechtlich gleich behandelt werden muss gegenüber den übrigen Kraftwerksbetreibern, deren Anlagen ebenso in der zweiten Ausschreibungsrunde einen Zuschlag erhalten haben. Den erfolgreichen Bietern der zweiten

Ausschreibungsrunde räumt § 51 Abs. 2 Nr. 1b KVBG eine Frist von acht Monaten ein, beginnend mit der öffentlichen Bekanntgabe der Zuschläge durch die Bundesnetzagentur am 08.04.2021, um sich auf die Außerbetriebnahme ihrer Anlage aufgrund des Kohleverfeuerungsverbots am 08.12.2021 vorbereiten zu können. Diese achtmonatige Vorlaufzeit ermöglicht den Anlagenbetreibern, wesentliche organisatorische Maßnahmen im Hinblick auf die Außerbetriebnahme der Anlage zu treffen, wie etwa die Kündigung von Personal unter Einhaltung der Kündigungsfristen oder den Abbau von Lagerbeständen durch den Markteinsatz. Diese achtmonatige Frist muss auch der Beigeladenen eingeräumt werden, da ihr durch die Systemrelevanzausweisung die Gelegenheit genommen wird, die Außerbetriebnahme ihrer Anlage möglichst kosteneffizient vorzunehmen. Durch die Einräumung der achtmonatigen Frist wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Beigeladene infolge der Systemrelevanz keine Kosten zu tragen hat, die ihr im Fall einer regulären Stilllegung zum 08.12.2021 nicht entstanden wären.

Darüber hinaus ist auch der Beigeladenen die Gelegenheit zu geben, ihre Anlage in der Zeit vor dem Beginn des genehmigten Systemrelevanzausweisungszeitraums, also bis einschließlich des 07.12.21, am Markt einzusetzen. Dieser Grundsatz gilt jedoch nur, solange durch den Markteinsatz die Betriebsbereitschaftshaltung von Mehrum während der geplanten Bauphase nicht vereitelt wird. Im Rahmen des Markteinsatzes ist es ihr möglich, die momentan am Standort gelagerten Betriebsstoffe, insbesondere die verbleibende Kohle, zu verbrauchen.

Ein Markteinsatz während des Zeitraums der Systemrelevanzausweisung ist hingegen untersagt. Im Hinblick auf die Systemrelevanzausweisung erfolgt die Beschaffung neuer Kohlevorräte und sonstiger Betriebsstoffe nach Maßgabe der Antragstellerin, die zweckgebunden auch nur für den Einsatz als Netzreserveanlage auf Anforderung der Antragstellerin verwendet werden dürfen. Zudem lässt sich aus dem Regelungszusammenhang zum Verfeuerungs- und Vermarktungsverbot ableiten, dass das Vermarktungsverbot während der Systemrelevanzausweisungsphase weiterhin wirksam bleibt. Gemäß § 51 Abs. 4 Nr. 1 KVBG wird das Kohleverstromungsverbot während des Zeitraums der genehmigten Systemrelevanzausweisung ausdrücklich suspendiert. Eine derartige Klarstellung findet sich dagegen nicht in der Vorschrift über das Vermarktungsverbot in § 52 Abs. 1 KVBG.

Verbleiben nach dem Abschluss der vierwöchigen Bau- und Testphase noch Kohlevorräte oder sonstige Betriebsstoffe am Kraftwerksstandort, deren Verbrauch der Beigeladenen im Wege des Markteinsatzes untersagt ist, darf dieser Umstand ebenfalls aus Gründen der Gleichbehandlung nicht dazu führen, dass der Beigeladenen hierdurch finanzielle Nachteile entstehen, etwa durch eine Entsorgung der Betriebsstoffe, die ihr im Fall einer regulären Stilllegung zum 08.12.2021 nicht entstanden wären. In diesem Zusammenhang kann auch in Betracht kommen, dass die Beigeladene die Kohle und sonstigen Betriebsstoffe verbraucht, die hierbei erzeugte Energie je-

doch aufgrund des Kohlevermarktungsverbots nicht veräußern darf. Bei der hierzu erforderlichen Abstimmung mit der Antragstellerin muss diese sicherstellen, dass bei der netztechnischen Durchführung dieser Maßnahme keine Kosten verursacht werden.

dd)

Die Systemrelevanz endet spätestens mit Ablauf des 31.03.2023. Dieser Zeitpunkt ergibt sich wie folgt: Zum einen bildet der Zeitraum zwischen dem 01.08.2022 und dem 31.08.2022 laut der Antragstellerin in etwa das letztmögliche Zeitfenster innerhalb der Freischaltungsphase des Jahres 2022, in welcher die rund vierwöchige Baumaßnahme und Inbetriebnahme realisiert werden könnte. Die Aufforderung der Antragstellerin zur Herstellung der Betriebsbereitschaft müsste in diesem Szenario (spätestens) im Juli 2022 erfolgen, damit die Anlage Anfang August betriebsbereit ist. Folglich fiel der Ablauf der achtmonatigen Frist und damit das Ende der Systemrelevanz, gerechnet ab der Aufforderung zur Betriebsbereitschaftsherstellung in den März 2023. Angesichts der Unsicherheiten, an welchen exakten Daten die zuvor genannten Umstände eintreten werden, ist es angezeigt, einen kleinen Sicherheitspuffer bei der zuvor dargestellten zeitlichen Kalkulation zu berücksichtigen und das Enddatum der Systemrelevanz spätestens auf den 31.03.2023 zu legen.

3.

Die Verpflichtung der Beigeladenen zur Betriebsbereitschaftshaltung der Anlage im Sinne der §§ 26 Abs. 2 KVBG iVm. 13b Abs. 5 S. 11 EnWG, um nach Aufforderung durch die Antragstellerin einspeisen zu können, besteht ausschließlich in dem rund vierwöchigen Zeitraum, beginnend mit der Leitungsfreischaltung als Voraussetzung für den Baubeginn und der Wiederinbetriebnahme der betroffenen Leitungen nach Abschluss der Bau- und Testphase im Umspannwerk Mehrum-Nord. Konkret bedeutet dies, dass die Antragstellerin der Beigeladenen einen bestimmten Zeitpunkt nennen wird, zu dem die Anlage betriebsbereit zu sein hat, und nach Abschluss der Bau- und Testphase wiederum mitzuteilen hat, zu welchem konkreten Zeitpunkt die Betriebsbereitschaftshaltung einzustellen ist.

Der Beigeladene muss sicherstellen, dass sie zur Herstellung der Betriebsbereitschaft der Anlage zu dem konkreten, von der Antragstellerin genannten Zeitpunkt, nicht länger als 15 Werktage ab entsprechender Aufforderung durch die Antragstellerin benötigt. Spiegelbildlich bedeutet dies für die Antragstellerin, dass sie verpflichtet ist, die Aufforderung, die Betriebsbereitschaft von Mehrum herzustellen, so rechtzeitig auszusprechen hat, dass der Beigeladenen mindestens 15 Werktagen zur Verfügung stehen, um die Betriebsbereitschaft herzustellen. In dieser Hinsicht ist dem Vortrag der Beigeladenen zu folgen, die mit Verweis auf ihr Erfahrungswissen über die Anlage eine Vorlaufzeit von 15 Werktagen zwischen Anforderung und Betriebsbereitschaftshaltung als erforderlich ansieht. Der Antragstellerin steht es selbstredend frei, die Aufforderung, ab

einem bestimmten Zeitpunkt betriebsbereit zu sein, auch schon zu einem früheren Zeitpunkt als 15 Werktagen im Voraus vor dem genannten Zeitpunkt zu erklären.

In dem Zeitraum zwischen Beginn der Systemrelevanzausweisung am 08.12.2021 und dem Zeitpunkt, an dem die Beigeladene mit der Wiederherstellung der Betriebsbereitschaft beginnt, ist diese verpflichtet, die Anlage in einem Zustand zu halten, der sicherstellt, dass sie zur Herstellung der Betriebsbereitschaft 15 Werktagen ab entsprechender Anforderung durch die Antragstellerin benötigt. Hieraus folgt insbesondere, dass sämtliche Maßnahmen, die zur Herstellung der Betriebsbereitschaft erforderlich sind und mehr Vorlaufzeit in Anspruch nehmen als die genannten 15 Werktagen, bereits von der Beigeladenen erledigt sein müssen, wie etwa der von der Beigeladenen geschilderte mehrwöchige Prozess der Kohlebeschaffung.

Um sicherzustellen, dass die Anlage im kommenden Jahr 2022 während der Durchführung der Bau- und Testphase nach Maßgabe der Antragstellerin betriebsbereit ist, ist die Antragstellerin gehalten, mit Wirksamwerden dieses Bescheids in Austausch mit der Beigeladenen zu treten. Hierbei hat die Antragstellerin insbesondere die konkreten Anforderungen bezüglich der Betriebsbereitschaftshaltung zu definieren, wie etwa die Zahl der abzusichernden Volllaststunden oder ob die Anlage auch während der Nachtstunden und am Wochenende einsatzbereit zu halten ist. Derartige Detailfragen sind im Austausch zwischen Antragstellerin und Beigeladener rechtzeitig zu vereinbaren, sodass die Beigeladene ausreichend Gelegenheit hat, die zur Betriebsbereitschaftshaltung erforderlichen Maßnahmen wie etwa die Kohlebeschaffung zu treffen.

4.

Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte verfügbare Netto-Nennleistung des Kraftwerkblocks beziehen, da sie dargelegt hat, dass in einer besonders netzkritischen Situation die gesamte Netto-Nennleistung zur Aufrechterhaltung des (n-1) – sicheren Netzbetriebs erforderlich ist.

5.

Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur hinsichtlich der Genehmigungsentscheidung nicht zu, da gemäß § 13b Abs. 5 Satz 4 EnWG der Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung zu genehmigen ist, wenn die betreffende Anlage systemrelevant ist.

6.

Die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung wird unter der Auflage erteilt, dass die Antragstellerin die Beigeladene nach Wirksamwerden dieses Bescheids unverzüglich und schriftlich über alle neu eintretenden Umstände unterrichtet, die zu einer Verzögerung des Beginns der Baumaßnahmen im Umspannwerk Mehrum-Nord führen können.

Die Genehmigung der Systemrelevanzausweisung unter Auflagen ist gemäß § 13b Abs. 5 S. 5 EnWG zulässig. Die Auflage dient dem Ziel, der Beigeladenen rechtzeitig Planungssicherheit im Hinblick auf das Ende der Systemrelevanz von Mehrum zu verschaffen. Insbesondere wenn absehbar sein sollte, dass es zu einer mehrmonatigen Verzögerung der Durchführung der Baumaßnahmen kommt, muss die Beigeladene in der Lage sein, organisatorischen Maßnahmen zur Außerbetriebnahme der Anlage, wie etwa Personalkündigungen, ggf. nach hinten zu verschieben, um die Anlage für einen entsprechend längeren Zeitraum betriebsbereit zu halten.

Rechtsbehelfsbelehrung

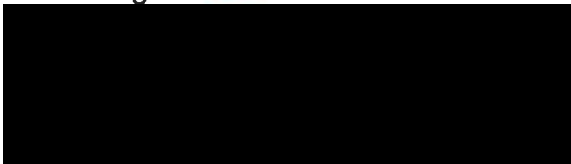
Gegen diese Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. Sie ist binnen einer mit der Zustellung der Entscheidung beginnenden Frist von einem Monat bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Zur Fristwahrung genügt jedoch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung enthalten, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie die Tatsachen und Beweismittel angeben, auf die sich die Beschwerde stützt. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 21.10.2021

Im Auftrag



(Abteilungsleiter Energieregulierung)